

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Der Erweiterungsbau der Landesbank wird in Angriff genommen

Spatenstich für die Erweiterung des Hauptgebäudes im Städtle - Planer rechnen mit geringen Verkehrsbehinderungen während der Bauphase

(G.M.) - Mit einem Bauvolumen von 32 000 Kubikmetern wird in nördlicher Richtung des Hauptgebäudes der Erweiterungsbau der Liechtensteinischen Landesbank entstehen. Mit dem Bezug der neuen Räumlichkeiten, die der Bankkundschaft mit einer neuen Schalterhalle zur Verfügung stehen werden, rechnet die Landesbank bis 1995. Am späteren Dienstag nachmittag erfolgte der symbolische Spatenstich im Beisein der Landesbank-Direktion, von Vertretern der Bankbehörden, der Gemeinde Vaduz und der Regierung.

Das starke Wachstum des Bankplatzes Vaduz brachte die Landesbank in den letzten Jahren in eine «prekäre Raumsituation», wie es im Geschäftsbericht 1990 heisst. Ausserdem sind viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Mieträumlichkeiten untergebracht, so dass sich für die Landesbank ein Erweiterungsbau aufdrängte, nachdem das Provisorium zwischen dem Hauptgebäude und dem Postamt aufgehoben worden war. Nach vielen Hürden, die zu nehmen waren, bemerkte Andreas Vogt, Präsident des Verwaltungsrates, dass nun der Spatenstich doch noch erfolgen konnte. Nachdem er zusammen mit Karlheinz Heeb, dem Direktor der Landesbank, den Spatenstich vollzogen hatte, gab er seiner Hoffnung Aus-



Am Dienstag wurde mit dem Spatenstich die Bauphase des Erweiterungsbaus der Liechtensteinischen Landesbank eingeleitet. Dabei legten Verwaltungsratspräsident Andreas Vogt (rechts) und Direktor Karlheinz Heeb selber Hand an. (Bild: R. Korner)

druck, dass das grosse Projekt einem guten Ende zugeführt werden könne. Regierungschef Hans Brunhart und der Vaduzer Bürgermeister Arthur Konrad be-

rund vier Jahren, die allerdings nach Ansicht der Planer keine grossen Verkehrsbehinderungen bringen sollten.

Die Bank - ein Begegnungszentrum

Wie Karlheinz Heeb, Direktor der Landesbank, im Rahmen einer kleinen Feier betonte, handelt es sich beim Erweiterungsbau zum alten Hauptgebäude um ein reines Kundengebäude, das in erster Linie der Optimierung der Kundenbedienung und Kundenbetreuung dienen soll. Der Ausbau der Schalterhalle, die im Hauptgebäude den Anforderungen nicht mehr genügt, steht nach seinen Aussagen im Vordergrund. Vorgesehen ist die Verwirklichung eines neuen Servicekonzeptes mit offenen Schaltern, den nach Direktor Heeb den «erhöhten Ansprüchen der Kundschaft in Bezug auf optimale Dienstleistung, Diskretion und Sicherheit Rechnung tragen.» Ausserdem soll der Kunden- und Banktresor grosszügig ausgebaut werden, da derzeit sämtliche Tresorfächer belegt seien und eine grosse Nachfrage nach Tresorfächern bestehe. Nach den Vorstellungen der Landesbank soll das neue Bankgebäude eine «Bereicherung für Vaduz» darstellen und zu einem «Begegnungszentrum» werden. Der Erweiterungsbau präsentiert sich,

(Fortsetzung auf Seite 2)



Am Fronleichnamstag zum neuen Präsidenten der Britisch-Schweizerischen Handelskammer gewählt: Bryan Jeeves aus Schaan. (Bild: R. Korner)

Erstmals Präsident aus Liechtenstein

An der Generalversammlung der Britisch-Schweizerischen Handelskammer wurde am gestrigen Fronleichnamstag erstmals ein Mitglied aus Liechtenstein zum Präsidenten gewählt: Bryan Jeeves aus Schaan. Der 51jährige Geschäftsmann, der seit bald 30 Jahren in unserem Land lebt, war zuvor während mehreren Jahren als Councillor und Vizepräsident dieser renommierten Handelskammer tätig. Die Anwesenheit des Schweizer Bundesrates Adolf Ogi, der in seinem Gastreferat über die schweizerische Transpolitik sprach, sowie des Britischen Botschafters Christopher Long an der in Zürich abgehaltenen Generalversammlung zeigt, welche Bedeutung der Handelskammer auch aus Kreisen der Regierungen beigegeben wird.

(Ein ausführliches Gespräch mit dem neugewählten Präsidenten Bryan Jeeves ist auf Seite 3 dieser Ausgabe nachzulesen.) (M.)

Bald Abstimmungen in Mauren und Triesenberg

In den Gemeinden Triesenberg und Mauren werden die StimmbürgerInnen am letzten Juni-Wochenende (28. und 30. Juni) über zwei Hochbauprojekte zu befinden haben. In Triesenberg geht es um den Neubau der Primarschule Obergufer, der gemäss gerundeter Kostenschätzung auf 32 Millionen Franken (Stand 1991) zu stehen kommt, nachdem sich die Wählerinnen und Wähler bereits im März an einer Abstimmung für die Variante mit Doppelturmhalle (22 x 44 m) ausgesprochen hatten. In Mauren ist das Mehrzweckgebäude «Gampalütz» geplant, in dem inskünftig der Gemeindegartenhof, das Feuerwehrdepot und diverse Vereinsräume untergebracht werden sollen. Ausserdem beinhaltet die Anlage auch eine neue Abfall-Sammelstelle. Die Kosten dieses Projektes werden sich auf ca. 10 Millionen Franken belaufen.

Wie uns die Vorsteher Johannes Kaiser (Mauren) und Herbert Hilbe (Triesenberg) gestern auf Anfrage weiter mitteilten, wird im Vorfeld der Abstimmung in beiden Gemeinden eine Informationsveranstaltung - voraussichtlich am Dienstag, 25. Juni - durchgeführt werden. Ausserdem werden gegenwärtig auch Abstimmungsbroschüren für alle Haushalte vorbereitet.

Mindestlöhne: LANV für Spezifizierung

Nach kontroverser Debatte hat der Landtag in der Sitzung Mitte Dezember 1989 eine Motion betreffend den Erlass von rechtsverbindlichen Mindestlohnvorschriften an die Regierung überwiesen, deren Antwort bis heute allerdings noch aussteht. Wie dem jüngsten Informationsheft des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbandes nun zu entnehmen ist, wurde zwischenzeitlich auch der Zentralvorstand des LANV um eine grundsätzliche Stellungnahme in dieser Angelegenheit ersucht. Laut Mitteilungsblatt gelangte der Zentralvorstand nach eingehender Beratung zur mehrheitlichen Auffassung, dass «nach Möglichkeit von der Verbandsleitung daraufhin gewirkt werden solle, dass nicht nur eine generelle Mindestlohnfestlegung, sondern eher unterschiedliche, auf die Wirtschaftssparten abgestimmte Mindestlöhne zur entsprechenden Festlegung gelangen bzw. angestrebt werden sollen».

Die Regierung hat in ihrer Antwort auf ein Postulat zu diesem Thema im Oktober 1989 bereits festgehalten, dass Lohnfragen in Gesamtarbeitsverträgen bzw. im Rahmen der jährlichen Lohnvereinbarungen zwischen den Sozialpartnern zu lösen seien. Weiters führte sie damals aus, dass es nicht einsichtig sei, warum der Gesetzgeber mit Mindestlohnvorschriften in den Bereich des Individualarbeitsrechts eingreifen soll, wenn von Gesetzes wegen das Instrument des Gesamtarbeitsvertrages zur Verfügung stehe. Die Bemühungen, sämtliche Wirtschaftssparten durch gesamtarbeitsvertragliche Verabredungen abzudecken, hatte LANV-Präsident Alfons Schädler an der letzten Maifeier als eine «gar zählflüssige Materie» bezeichnet.

Über 1000 Anträge für Invalidenversicherung

Aus dem Jahresbericht der Invalidenversicherung - 1113 ordentliche Rentenbezüger im Jahre 1990

(G.M.) - Insgesamt 1113 (1043) Personen bezogen im vergangenen Jahr in unserem Land Invalidenrente. Hinzu kommen noch 78 ausserordentliche Rentenbezüger. Gesamthaft leistete die Invalidenversicherung 13,5 Mio. Fr. an Renten, Hilflosenentschädigungen und Eingliederungsmassnahmen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der ordentlichen Rentenbezüger auf 1113 (1043) Personen erhöht. Dieser Personenkreis teilt sich in insgesamt 15 verschiedene Kategorien ein, wobei die einfache Invalidenrenten und die Zusatzrenten für die Ehefrauen zahlenmässig im Vordergrund stehen. Im Gegensatz dazu blieb die Zahl der ausserordentlichen Rentenbezüger mit 78 (im Vorjahr 77) fast unverändert. Auch hier stehen die einfachen Invalidenrenten im Mittelpunkt.

Entschädigungen und Eingliederungsmassnahmen

Die Ausrichtung der Renten beanspruchte Mittel in Höhe von 9,2 Mio. Fr. Im Vorjahr mussten aufgrund des geringeren Bezügerkreises nur 7,8 Mio. Fr. aufgewendet werden. Ausserdem gelang-

ten 392 000 Fr. als Tagelder zur Auszahlung, wobei sich auch dieser Ausgabeposten im Vergleich zum Vorjahr erhöhte. Den Einnahmen aus IV-Beiträgen und Zinsen im Ausmass von 8,5 Mio. Fr. standen Leistungen in Höhe von 13,5 Mio. Fr. gegenüber, so dass der Staatsbeitrag zur Deckung des Defizits 4,8 Mio. Fr. betrug. Neben den Renten wurden auch Hilflosenentschädigungen ausgerichtet, die total an 35 (33) Personen gingen.

Acht Personen erhielten Entschädigungen wegen Hilflosigkeit leichten Grades, ebenso acht Personen wegen Hilflosigkeit mittleren Grades und 19 Personen wegen Hilflosigkeit schweren Grades. An Hilflosenentschädigungen mussten gesamthaft 257 000 Fr. (im Vorjahr 218 000 Fr.) ausgerichtet werden. Für hilflose Minderjährige wurden für 3524 Tage Pflegebeiträge in Höhe von 59 530 Fr. (79 231 Fr.) ausbezahlt. Ausserdem verfügte die IV-Verwaltung im letzten Jahr 371 (309) Eingliederungsmassnahmen, während sie in 45 Fällen die Kostenübernahme für Eingliederungsmassnahmen ablehnte. Die Eingliederungsmassnahmen betrafen 190 (134) medizinische Massnahmen für Minderjährige und 15 (11) für Erwachsene.

Zudem wurden in 83 (60) Fällen Beiträge an Sonderschulungen für Jugendliche bewilligt und 6 (13) Hilfsmittel für Minderjährige und 65 (69) für Erwachsene zur Verfügung gestellt. Zu den Eingliederungsmassnahmen gehörten auch Beiträge an erstmalige berufliche Ausbildung und Umschulung für 3 (8) Minderjährige und 9 (14) Erwachsene.

Ergänzungsleistungen und Beihilfen

Wie aus dem Jahresbericht der AHV und IV weiter hervorgeht, wurden im Jahre 1990 an 391 Personen Ergänzungsleistungen ausgerichtet, was gesamthaft knapp 2,2 Mio. Fr. beanspruchte. 320 Personen bezogen Ergänzungsleistungen zur AHV, 71 Personen zur Invalidenrente.

An 34 Anspruchsberechtigte wurden 121 000 Fr. an Blindenbeihilfen ausbezahlt, wobei eine Unterscheidung zwischen Vollblinden, praktisch Blinden und hochgradig Sehschwachen gemacht wird. Schliesslich erhielten 4 Witwer (im Vorjahr 5) Witwerbeihilfen in Höhe von 57 360 Fr. Der Anspruch zur Ausrichtung von Witwerbeihilfen richtet sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der verwitweten Männer.

Neue Schulanlage ist im Herbst bezugsbereit

VOLKSBLATT-Serie über die Voranschläge 1991 der elf Liechtensteiner Gemeinden - Heute: Schellenberg



In der Gemeinde Schellenberg bilden 1991 - wie bereits im Vorjahr - wieder die Hochbauten den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit. Der diesbezügliche Ausgabenkredit von 1,8 Millionen Franken fliesst dabei vollumfänglich in die Fertigstellung der Schulhauserweiterung. Die Bauarbeiten werden bis Ende Juni abgeschlossen sein, so dass die neue Schule nach einer Baureinigung rechtzeitig auf den Schulbeginn im Herbst bereitgestellt werden kann. Die Einweihungsfeier wird voraussichtlich Mitte November stattfinden. - Näheres zum Budget '91 der Gemeinde Schellenberg auf Seite 5 der heutigen Ausgabe. (Bild: Siegfried Elkuch)

Mode ist:
Was Frauen noch
nicht haben

modehaus
hannelore

Jeden Freitag Abendverkauf
bis 20 Uhr
Samstag durchgehend geöffnet bis 16.00 Uhr

frick FENSTER
FÜR DAS ALTE
UND DAS NEUE HAUS
Geh zum Fenster Frick er weiss Bescheid.
ferdinand frick ag
Fenster und Fassadenbau
9494 Schaan
Telefon 075 / 2 74 74 Telefax 075 / 2 99 84